

WWW.AUFSTEHEN-GEGEN-RASSISMUS.DE

The background of the poster features colorful silhouettes of a diverse group of people. Some have their hands raised in the air, symbolizing protest or solidarity. The colors used for the silhouettes include yellow, purple, pink, green, and blue.

AfD:
PARTEI DER
SOZIALEN
UNGLEICHHEIT

Unsere Alternative
heißt Solidarität

DAS PERSONAL

AfD-Politiker*innen stellen ihre Politik gern als Politik für Lohnabhängige und Erwerbslose dar. In Wahrheit wollen sie den Sozialstaat abbauen. Sie betreiben Politik für Reiche und Unternehmen, verachten Arme, versuchen abhängig Beschäftigte gegen Gewerkschaften aufzuhetzen und machen Migrant*innen für soziale Missstände verantwortlich. Hier einige Beispiele:



Verschwörungsideologe

Peter Boehringer

MdB aus Bayern

Boehringer ist Mitglied der marktradikalen Hayek-Gesellschaft und war Vorstand der Lobbyorganisation „Deutsche Edelmetall-Gesellschaft“, die sich u.a. für die Abschaffung der Umsatzsteuer auf Gold und Silber einsetzt. Er behauptet, die europäische Zentralbank benutze Corona und Klimawandel als Vorwand für einen „Great Reset“. Eine Vermögensabgabe für Reiche lehnt er strikt ab.

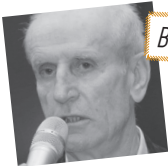


Waschechter Nazi

Björn Höcke

Fraktionsvorsitzender
in Thüringen

Höcke ist Anhänger einer faschistischen Volksgemeinschaft und deutet die soziale Frage völkisch um: *„Die soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung von Volksvermögen von Oben nach Unten, ... die deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Verteilung des Volksvermögens von Innen nach Außen.“*



Beschützer der Reichen

Albrecht Glaser

MdB aus Hessen

Glaser ist gegen die Besteuerung von Reichen: *„Der steuerliche Zugriff auf die Vermögenssubstanz ... ist Kampf gegen jeden prosperierenden Wirtschaftsprozess.“* Gleichzeitig hetzt er gegen Migrant*innen: *„Dieser Staat hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem, und das wird in jüngster Zeit gerade unlösbar gemacht: Die Immigrationswelle wird Kosten von 1 Billion Euro nach sich ziehen.“*

Gewerkschaftsfeindlicher Rassist

Jürgen Pohl

MdB aus Thüringen



Der Gründer des „Alternativen Arbeitnehmerverbandes Mitteldeutschlands“ macht Stimmung gegen die Gewerkschaften: *„Heute sind die Gewerkschaftszentralen doch nichts weiter als die Wurmfortsätze der Parteizentralen von SPD und Linke. Die Gewerkschaften machen lieber ideologiegeprägte Gesellschaftsprojekte wie Gendersprech und Massenmigration.“*

Immobilien-Lobbyistin

Alice Weidel

Vorsitzende der Bundestagsfraktion

Weidel steht fest an der Seite der Immobilienwirtschaft, ist gegen die Mietpreisbremse und gegen sozialen Wohnungsbau: *„Sozialer Wohnungsbau kann Engpässe überwinden, aber langfristig müssen wir das schon dem Gleichgewicht des Marktes überlassen. Wir können keine planwirtschaftlichen Mengengrößen setzen.“*



Hetzer gegen Arme

Thomas Ehrhorn

MdB aus Niedersachsen



Ehrhorn verachtet und stigmatisiert ALG II-Empfänger*innen: *„Es gibt Menschen, die schon in der zweiten und dritten Generation von der Stütze leben, gar nichts anderes wollen und das auch völlig in Ordnung finden. Stellenweise haben wir es mit regelrechten Hartz-IV-Dynastien zu tun.“* An anderer Stelle spricht er sich gegen die Rehabilitation jener KZ-Häftlinge aus, die die Nazis als „Asoziale“ stigmatisiert haben.

Die Auseinandersetzung um die Sozial- und Wirtschaftspolitik in der AfD scheint Vergangenheit. Im Schatten des innerparteilichen Machtkampfes hat sich die AfD auf dem Bundesparteitag Ende 2020 mit großer Mehrheit auf einen Leitantrag geeinigt. Die programmatische Einigung zeigt, dass die verschiedenen Flügel mehr Gemeinsames als Trennendes haben.

NATIONAL-LIBERALE DOMINANZ

Der Austritt des früheren Bundessprechers Jörg Meuthen zeigt: der offen faschistische Flügel um Björn Höcke hat den Machtkampf für sich entschieden. Meuthen war der wichtigste Vertreter des national-neoliberalen Lagers. Dieses will den Abbau des Sozialstaats, Steuererleichterungen für Unternehmen und Reiche sowie andere Maßnahmen im Sinne der deutschen Wirtschaft. Schon im Grundsatzprogramm von 2016 werden entsprechend z.B. die Abschaffung der Erbschaftssteuer und ein Staat gefordert, der möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift. Armut kommt dagegen nur als Begründung für reaktionäre Familienpolitik vor und spielt sonst keine Rolle, zur Höhe des Mindestlohns gibt es keine Angabe.

Die AfD gibt sich als Anwalt der „kleinen Leute“. Doch konkrete soziale Verbesserungen lehnt sie meist ab und bleibt stattdessen ihrem unsozialen Programm verpflichtet. Daran hat der Machtzuwachs des faschistischen Flügels trotz dessen national-sozialer Rhetorik wenig geändert. Dies zeigen die Abstimmungen im Bundestag: Laut einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung stimmte die AfD in Fragen des Sozialstaats zu 75 % mit der wirtschaftsliberalen FDP.

FEINDBILDER UND TRADITIONELLE FAMILIE

Die traditionelle Familie ist für die AfD das wichtigste Mittel zur Lösung von sozialen Problemen. Laut Leitantrag sei die Geburtenrate in Deutschland viel zu niedrig. Daher möchte die AfD Familien mit Kindern zu Ungunsten von Kinderlosen entlasten. Besonders Feminist*innen und Befürworter*innen des Rechts auf Abtreibung macht sie für die Geburtenrate verantwortlich.

Außerdem setzt die AfD auf die rassistische Karte: Migrant*innen seien schlechter gebildet und hätten eine andere Kultur, der die „deutschen Tugenden“ wie Fleiß, Disziplin etc. gegenübergestellt werden.

Ausgerechnet Menschen mit Migrationsgeschichte werden so zu Sündenböcken für den Niedergang der gesetzlichen Sozialversicherung abgestempelt. Auch die Gesundheitspolitik ist bei der AfD von Rassismus und Antifeminismus geprägt. Mit menschenfeindlichen Ideologien lenkt sie von den tatsächlichen Ursachen für Missstände ab. So wird im Leitantrag ein Anstieg meldepflichtiger Infektionskrankheiten auf den Zuzug von Geflüchteten zurückgeführt.

FORMIERUNG EINER "ARBEITER-BEWEGUNG VON RECHTS"?

Bei den letzten Betriebsratswahlen 2018 traten rechte Listen an – mit Unterstützung von extrem Rechten, etwa der außerparlamentarischen Initiative „Ein Prozent“, der Zeitschrift „Compact“ sowie faschistischen Teilen der AfD. Bisher waren sie – mit Ausnahme der Liste „Zentrum Automobil“ bei Daimler – kaum erfolgreich. Deutschlandweit stellen sie nur 0,01% aller Betriebsratsmandate. Sorgen wir dafür, dass sie auch bei den Betriebsratswahlen 2022 keinen Erfolg haben!

Rechte Listen präsentieren sich als kämpferische Alternativen zu den DGB-Gewerkschaften, sind aber allenfalls extrem rechte Betriebsorganisationen. Schon die frühe NSDAP war pseudo-sozialistisch aktiv: Sie wandte sich mit sozialer Rhetorik an den Mittelstand als auch an Arbeiter*innen, kritisierte jedoch Kapitalismus und Ungleichheit nicht grundsätzlich. Vielmehr wurde der reale Gegensatz zwischen Wirtschaft und abhängig Beschäftigten mithilfe völkischer, antisemitischer Hetze verschleiert. Diese Strategie war aber in den Betrieben wenig erfolgreich: Es gelang bis zur Machtübergabe nie, die Stellung der Gewerkschaften zu erschüttern. Teile des faschistischen Flügels der AfD stehen in dieser Tradition: Soziale Missstände werden aufgegriffen, nur um die Belegschaften durch gewerkschaftsfeindliche und rassistische Propaganda zu spalten.

UNSERE ALTERNATIVE HEISST SOLIDARITÄT!

Die AfD ist und bleibt – ebenso wie rechte Betriebsratslisten – unsozial. Im Zentrum ihrer Ideologie steht die Ungleichheit. Wir sind überzeugt: Eine soziale Welt ist möglich – aber nur ohne, nur gegen die AfD!

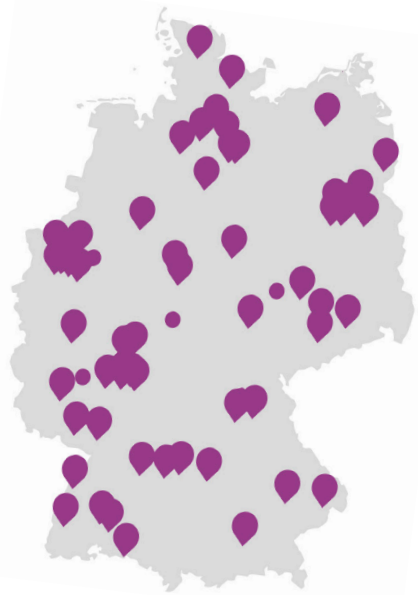
BEI DIR VOR ORT

Wir wollen der AfD überall entgegentreten, wo sie auftaucht - mach mit bei der Aufstehen gegen Rassismus-Gruppe in deiner Nähe! Hier findest du die nächsten Aktionen und Treffen:

www.aufstehen-gegen-rassismus.de/lokal

Es gibt bei dir noch keine Gruppe? Kein Problem. Hier findest du Aktivitäten, die man auch alleine oder zu zweit gut machen kann und Ideen, wie du Mitstreiter*innen finden und selbst eine neue Gruppe auf die Beine stellen kannst:

www.aufstehen-gegen-rassismus.de/mitmachen/aktionsanleitungen



ONLINE-SHOP DER KAMPAGNE

Aufkleber, Buttons, Flyer, Plakate und vieles mehr gibt es in unserem Online-Shop:

shop.aufstehen-gegen-rassismus.de

WERDE STAMMTISCHKÄMPFER*IN

Wir alle kennen das: In der Diskussion mit den Arbeitskolleg*innen, dem Gespräch mit der Tante oder beim Grillen mit dem Sportverein fallen Sprüche, die uns die Sprache verschlagen. Später ärgern wir uns, denken, da hätten wir gerne den Mund aufgemacht.

Hier setzen wir an, um Menschen in die Lage zu versetzen, diese Schrecksekunde zu überwinden, Position zu beziehen und deutlich zu machen: Das nehmen wir nicht länger hin!

Wir beschäftigen uns mit theoretischen Grundlagen und praktischen Ansätzen.

Wir sprechen über typische Argumentationsmuster und erarbeiten gemeinsam Lösungsansätze, um in Zukunft schneller und gezielter reagieren zu können.

Wenn du ein Seminar organisieren, an einem teilnehmen oder es selbst anleiten möchtest, findest du alles Weitere unter

www.aufstehen-gegen-rassismus.de/stk



HILF UNS MIT DEINER SPENDE

Aufstehen gegen Rassismus wird durch Spenden finanziert. Spenden sind steuerlich absetzbar.

VVN BdA | DE 90 4306 0967 1214 8918 00

Betreff: Aufstehen gegen Rassismus

aufstehen-gegen-rassismus.de



aufstehen-gegen-rassismus.de



info@aufstehen-gegen-rassismus.de



facebook.com/aufstehengegenrassismus



instagram.com/aufstehen_gegen_rassismus



twitter.com/aufstehengegen